

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. Januar 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarktl- und Tobesanzigen 20 Pfl. die fünfgepaltene Zeile; sonst- und alle sonstigen Werbeanzeigen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 13

Kohlennot und Eisenbahnfragen

Die anhaltende Kohlennot, die nicht nur die gesamte deutsche Industrie im höchsten Maße schädigt, sondern auch den Hausbrandbedarf der Bevölkerung im weitesten Umfange herabsetzt, hat die Augen der weitesten Kreise auf die „schwarzen Diamanten“ gelenkt. Während sich früher wohl fast nur die direkt Beteiligten mit den Kohlen beschäftigten, deren Vorhandensein von den großen Massen als etwas Selbstverständliches angesehen wurde, widmet man jetzt allerorten der Förderung und dem Transport der Kohlen die größte Aufmerksamkeit. Aber wohl die wichtigsten Dürfen in der Lage sein, sich vom richtigen Stand der Dinge ein klares Bild zu machen. In den letzten Monaten hatte ich Gelegenheit, durch Befahren einer Anzahl Zechen sowohl als auch durch Besichtigung einer Reihe deutscher Eisenbahnwerkstätten einen tiefen Einblick in den Stand der Dinge zu tun. Davon weiteren Kreisen etwas mitzuteilen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Deutschland war bisher nicht nur in der Lage, seinen Bedarf an Kohlen aus den im eigenen Gebiete vorhandenen reichen Vorräten vollständig zu decken, sondern konnte davon noch an die Nachbarländer abgeben. Wir hatten vier verschiedene Steinkohlenbecken: den Ruhrbezirk, den ober-schlesischen Bezirk, den Saar- und den bei Aachen liegenden Wurmbezirk, daneben zwei Braunkohlenbecken: das mitteldeutsche bei Halle-Weipzig und das rheinische bei Köln. Durch den unglücklichen Kriegsausbruch ist uns die Verfügung über den Saarbezirk ganz entzogen und über den Wurmbezirk und das rheinische Braunkohlenbecken zum mindesten zur Zeit beschränkt, was auch wohl leider noch längere Zeit so bleiben wird; beim ober-schlesischen Kohlenbezirk droht uns sogar durch die vorzunehmende Volksabstimmung ganzer oder teilweiser Verlust — für immer. Es bleibt also vorläufig nur der Ruhrbezirk, denn die mitteldeutschen Braunkohlen sind für die Industrie kaum brauchbar und hauptsächlich nur für Hausbrand zu benutzen. Gott sei Dank ist der Ruhrbezirk der beste und ergiebigste von allen deutschen Kohlenbezirken; er hat hauptsächlich die Grundlage für die Entwicklung der deutschen Großindustrie geschaffen. Abgesehen von dem im Ruhrbezirk selbst investierten großen Kapital (Eisenhüttenbergwerksgesellschaft, Sibiria u. a.) haben die reichen Schätze des Ruhrbezirks auch der deutschen Schwerindustrie und Stahlindustrie die beste Gelegenheit zu ihrer Entfaltung, so daß denn auch die meisten der deutschen Großindustriellen (Krupp, Thyssen, Siemens u. a.) ihren Sitz im Ruhrbezirk haben, wozu noch die großen Wasserkraftwerke (Bochumer Gießerei, Gutehoffnungshütte in Oberhausen, Stahlwerk Hoesch in Dortmund und viele andere). Die Nähe des Rheines hat aber auch die Möglichkeit, die gefährdeten Kohlen auf eine verhältnismäßig bequeme und billige Art und Weise zu versenden und den Süden Deutschlands und angrenzende Länder damit zu versorgen, des weiteren auch die Rheinisch-Westfälische Kohlen- und Eisenbahn-Gesellschaft selbst auf ihre achlungsbereitende Höhe zu bringen. Der Reichtum des Ruhrkohlenbeckens, der auf etwa 7000000000 t geschätzt wird, bietet noch auf lange Jahre hinaus Gewähr dafür, daß Deutschland Kohle genug hat. Die Gesamtförderung der Ruhrzechen betrug in den letzten Jahren vor dem Krieg durchschnittlich 380000 t bei einer Belegschaft von 440000 Mann und stellte zu den damaligen Preisen einen Wert von etwa 20000 Mill. Mk. dar; während des Krieges sank trotz aller Anstrengungen die tägliche Förderung auf 340000 t bei ungefähr der gleichen Belegschaft, wobei allerdings zu beachten ist, daß Tausende der eingearbeiteten Bergarbeiter zum Heeresdienst einberufen wurden und an ihrer Stelle Kriegsgenossen, belgische Zwangsarbeiter und Frauen tätig waren, die natürlich keinen vollwertigen Ersatz darstellten. Zum Abtransport der Förderung dienten neben zahlreichen Eisenbahnanlagen auch die Wasserstraßen, wozu vor allen Dingen der Rhein-Herne- und Dortmund-Ems-Kanal zu rechnen sind; die großartigen Kipperanlagen im Duisburg-Ruhrorter Hafen allein sind imstande, täglich bis zu 30000 t zu verladen. In den anderen Rheinbezirken, insbesondere in Maastricht, sorgten dann ebenfalls großartige Entladevorrichtungen für die schnellste Entladung der Schiffe und Lagerung der Kohlen auf riesigen, Tausende von Quadrarmetern großen Lagerplätzen, von denen dann der Bedarf gedeckt wurde. Durch diesen im allgemeinen gut funktionierenden Arbeitsgang machte das

unglückliche Kriegsende einen dicken Strich; die Rheinisch-Westfälische Kohlen- und Eisenbahn-Gesellschaft sowohl als auch die beiden an den Ufern des Rheines entlang laufenden Eisenbahn-Trassen sind in den Händen untruglicher Gegner, so daß für die Versorgung Süddeutschlands Eisenbahnfrachten in Anspruch genommen werden mußten, die früher hauptsächlich der Versorgung anderer Teile Deutschlands dienten. Das plötzliche Ausbleiben der Saar- und Wurmhöfen warf zudem den ganzen Bedarf auf die Ruhrzechen, deren Förderung durch den während des Krieges getriebenen Raubbau und sonstige mißliche Umstände plötzlich um 140000 t täglich sank. Dazu traten nun noch die Forderungen der Entente, die von Deutschland zuerst 40 Mill. Tonnen jährlich, also arbeitstäglich etwa 135000 t verlangten, so daß für Deutschland kaum mehr als etwa 100000 t verblieben gegenüber einem Bedarf von 400000 t. Die Ermächtigung der Entente für eine Förderung auf 70000 t täglich ist noch immer drückend genug und nur zum Schaden Deutschlands erfüllbar, wenn es nicht baldigt gelingt, die Förderung wieder zu steigern. Kohlen sind genug vorhanden in Deutschland, besonders im Ruhrbezirk; die Hebung der Kohlennot liegt in erster Linie an der zu steigenden Förderung, dann aber auch an dem Abtransport. Ersterer Frage ist durch bessere Belieferung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln, Wohnungsbeschaffung für Neuzugewandene, deren etwa 150000 benötigt werden, und Ausbau der Arbeitsverhältnisse zu lösen verucht worden.

Schwieriger gestaltet sich die Lösung der Frage bei untern Verkehreintrichtungen, hauptsächlich den Eisenbahnen. Günstige Wasser- und Witterungsverhältnisse vorausgesetzt, ist die Rheinisch-Westfälische Kohlen- und Eisenbahn-Gesellschaft auch heutzutage in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen nachzukommen. Die Eisenbahnen aber leidet sehr durch die während des Krieges getriebene Mißwirtschaft in geradzugiger traktierter Lage. Die Zahl der Lokomotiven und Güterwagen ist an sich zwar größer als vor dem Krieg und durchaus genügend; leider aber ist eine große Anzahl betriebsunfähig, so z. B. von den Lokomotiven 10000, das sind 45 Proz., gegenüber 4100 oder 19,5 Proz. bei Kriegsausbruch. Von den vorhandenen Güterwagen sind mehr als 60000 in Reparatur. Rund 1700 beschädigte Lokomotiven müssen vorläufig noch von der Ausbesserung zurückgestellt werden wegen Überlastung der Unterhaltungswerkstätten. Während des Krieges hat man leider die aus besseren Metallen, wie Kupfer; Kolguss u. a., hergestellten Teile der Lokomotiven ausgebaut und durch eiserne ersetzt — eine Maßregel, die sich durchaus nicht bewährte und die die Lebensdauer der Maschinen bedeutend herabsetzte, dagegen ihre Reparaturbedürftigkeit ungemessen erhöhte. Dazu trat noch die geringe Güte der verwendeten Betriebsstoffe (Kohle, Schmiermittel), die wesentlich ungenügende Behandlung der Fahrzeuge im Betrieb und die verminderte Sachkenntnis eines Teiles des aushilfsweise oder zur Verstärkung herangezogenen Fahr- und Werkstättenpersonals — alles Kriegsmassnahmen, deren verberbliche Wirkung sich jetzt erst im vollen Maße zeigt. Die Rückkehr der abtreibender, meist schwer beschädigter Fahrzeuge aus den ehemals besetzten Gebieten im Westen, Osten und Süden und aus den Ländern der Bundesgenossen (bis zu 5200 Lokomotiven waren während des Krieges an den Feld-eisenbahnen verliehen) sowie die Abgabe von mehr als 4000 preussischen Lokomotiven und 100000 Wagen in bestem Unterhaltungszustand fehlen dann der Sache die Krone auf. Das Werkstätten- und Betriebspersonal aber war durch ungenügende Ernährung, Grippeepidemien, Mangel an Materialien und Werkzeugen trotz der um mehr als das Doppelte gesteigerten Arbeiterzahl nicht imstande, den gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden; daß auch die verdrängten politischen Streiks die Leistungen der Eisenbahnwerkstätten nicht gesteigert haben, darf gerechtfertigterweise nicht verdrängt werden. Leider sind aber auch die inneren Einrichtungen vieler, besonders der älteren Werkstätten, nicht auf der Höhe der Zeit; es mangelt vielfach an Betriebskraft für die Apparate, so an Sauerstoff für die Schweiß- und Lötlösungen. Die Kompressoranlagen genügen oft nicht zum Betriebe der Luftschraube, so daß die mit den bezeichneten Apparaten arbeitenden Leute mandmal Stundenlang tafellos umherstehen müssen. Am drückendsten und hinderlichsten aber wirkt der Mangel an Metallen: Kupfer, Zink, Zinn und Antimon. Es ist leider heute noch nicht möglich, alle ausbesserungsbedürftigen Lokomotiven wieder mit kupfernen Feuerbüchsen und Siebholzgen und mit Armaturen (Säbren und Ventilen) aus Holz zu versehen, ja leider müssen selbst ganz neue Lokomotiven vielfach mit eisernen Apparaten und Bestandteilen ausgerüstet werden. Dazu mangelt

es an guten Dichtungstoffen (Asbest, Kieselit, Gummi), so daß selbst Pappe dazu verwendet werden muß. In den Wagenwerkstätten mangelt es an Eisenmaterialien aller Art, an Stabs, Form-, Träger- und Winkelisen, an kleinen Schrauben, Muttern, Drahtstiften usw. Diese Zustände sind mit Schuld daran, daß die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven trotz der Lieferung von 800 neuen Lokomotiven im letzten Halbjahre nicht größer geworden ist, weil auch die meisten Betriebslokomotiven infolge ihrer starken Abnutzung und ihres schlechten Unterhaltungszustandes reparaturbedürftig sind und in die Werkstätten gelangt werden, sobald ein Ausbesserungsstand dort frei wird.

Für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit sowohl im Kohlenbergbau als auch in den Eisenbahnwerkstätten spielt die Arbeitsart, d. h. ob Akkordarbeit, Prämien- und Gewinnbeteiligungssysteme oder ähnlich, sowie die Arbeitszeit eine wesentliche Rolle. Die Bergarbeiter haben nach der Revolution ihre bis dahin 8 1/2 Stunden betragende Schichtdauer auf 8 Stunden und im April 1919 auf 7 Stunden herabgesetzt; sie erheben schon seit längerer Zeit die Forderung auf Einführung der Sechsstundenarbeit. Wer einen Einblick in die überaus anstrengende, schädliche Arbeit in den Bergwerken gewonnen hat, kann sich der Einsicht wohl nicht verschließen, daß die Forderung zumindest für die unter Tage arbeitenden Leute berechtigt ist. Durch andre Einteilung, etwa dreifache Schicht und eine Reparaturschicht, wäre es unzulässig möglich, die Betriebs-einrichtungen genügend auszunutzen und die Förderung zu steigern. Im allgemeinen arbeiten die Bergarbeiter im Akkord; sie haben ein Grundgebilde und für jeden geleisteten Wagen eine gewisse Entlohnung, so daß sie an der Steigerung der Förderung selbst das größte Interesse haben. Durch bessere Belieferung mit Lebensmitteln würde die Leistung des einzelnen Arbeiters schon von selbst steigen, andererseits hätten die eingeleiteten Familien dann auch Gelegenheit, sogenannte „Kofsgänger“ bei sich aufzunehmen, so daß damit ein Teil der wichtigen Wohnungsfrage gelöst wäre. Für den nötigen Zugang von Arbeitern aus anderen Gegenden Deutschlands nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet spielt die Wohnungsfrage die Hauptrolle, denn die Bevölkerungszahl war dort bisher schon recht stark und die bis jetzt auf den Zechen übliche Unterbringung Neuzugewandener in Baracken muß als durchaus ungenügend angesehen werden. In den Eisenbahnwerkstätten ist wie in den Privatbetrieben der Achtsundzwanzigstündige Tag durchgeföhrt; in einer Anzahl Werkstätten wird teilweise in Doppelschicht gearbeitet. Nach der Revolution haben die Eisenbahner die bis dahin übliche Akkordarbeit abgeschafft und sind zu ihrer Wiedereinführung oder einem ähnlichen System nicht zu bewegen. Das bis jetzt übliche Einheitslohnsystem, wonach alle Arbeiter einer Kategorie je nach dem Lebensalter den gleichen Lohn erhalten, selbst Vorarbeiter, Werkmänner, ist jedenfalls aber auch kein Idealsystem. Die Beschaffung der notwendigen Metalle und Materialien ist für die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnwerkstätten von größter Wichtigkeit.

Für beide Arbeitergruppen von gleicher Wichtigkeit ist die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen; sind doch die hier in Betracht kommenden Arbeiter in mancher Hinsicht bisher recht kümmerlich behandelt worden. Bei den Bergarbeitern war es hauptsächlich die bereits oben gekennzeichnete Konzentration des Kapitals und der dadurch hervorgerufenen profite „Herrenstandpunkt“, der ihnen die den Arbeitern zuzehörenden Rechte verklümmerte und sie beinahe bis zum Sklavenstandpunkte herabdrückte — eine Erscheinung, die in den unruhigen Monaten des letzten Jahres ihre Wirkung nach der andern Seite zeigte und radikalste Hochfragen dort schuf, wo früher die unbedenklichste Unternehmerwillkür herrschte. Die Eisenbahnarbeiter andererseits waren als „Staatsarbeiter“ an der Ausübung der allgemeinen Arbeiterrechte beschränkt, und auch in den Eisenbahnwerkstätten äußerte sich vielerorten die gleiche Erscheinung wie bei den Bergarbeitern. Sehr verbesserungsbedürftig ist in den Eisenbahnwerkstätten wie in den fiskalischen Betrieben die Betriebsleistung, die noch viel zu sehr vom Bürokratismus beherrscht wird. Hier gehören tüchtig durchgebildete Fachleute an die richtige Stelle!

Für das deutsche Wirtschaftsleben ist es unbedingt notwendig, daß sowohl im Bergbau als auch im Eisenbahnbau Ruhe und Stille herrschen. Es muß deshalb mit aller Energie darauf gedrungen werden, daß die notwendigen Reformen baldigt zur Durchführung gelangen. Stuttgart. Paul Benning.

Wirtschaftliche Einsicht der Bergarbeiter

Aus den obliegenden Schilderungen des Stuttgarter Kollegen im umfänglichen Artikel wird jeder vorurteilsfreie Leser u. a. die Überzeugung gewinnen, daß alles getan werden muß, um das Eisenbahnverkehrswehen Deutschlands so rasch als nur irgend möglich wieder zur Gesundheit zurückzuführen und der menschlichen Kohlennot zu steuern, die unsere gesamte Industrie zum Stillstande zu bringen droht, wodurch die Not und das Elend der Arbeiterklasse eine grenzenlose Steigerung erfahren würden.

Wie groß die Kohlennot der Industrie gegenwärtig ist, geht aus einigen Zahlen hervor, die einer amtlichen Zusammenfassung des Abfahrs entnommen. Danach forderte die gesamte Industrie im Monat November v. J. an Steinkohlen und Koks (Koks entsprechend in Kohle umgerechnet) 6538000 t, geliefert bekam sie nur 3032000 t, d. h. die Industrie erhielt nicht einmal die Hälfte ihres angemeldeten Bedarfs. Aus angelegten Berechnungen für spezielle, sehr besonders wichtige Industrien ging hervor, daß z. B. die Zementindustrie, die im Frieden monatlich 300000 t Kohle verbraucht, jetzt nur noch 65000 t erhält, während auf die Kalkindustrie fast 250000 t nur noch 70000 t entfallen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Porzellanindustrie, die früher 80000 t, jetzt nur 25000 t erhält. Vor dem Kriege waren 18000 Angelegten im Betriebe, von denen heute infolge Kohlenmangels nur noch 12—1300 arbeiten können. Und dabei treibt die Wohnungsnot die schlimmsten Missetaten! Viele Fabriken und ganze Industriebezirke liegen infolge Kohlenmangels still. Obwohl sie mit Aufträgen überhäuft sind, müssen die Arbeiter lernen, Kohlenmangel ist schuld daran, daß wir in unseren Wohnungen frieren, daß in den meisten Städten die Beleuchtungs- und Verkehrsverhältnisse im argen liegen. Die landwirtschaftlichen Erträge gehen zurück, weil der künstliche Dünger fehlt, zu dessen Herstellung es der Kohle bedarf. Lebensmittel, die dem heimlichen Boden nicht abgerungen werden können, müssen um einen vielfach gesteigerten Preis im Ausland aufgekauft werden, wenn das Volk nicht verhungern soll. Womit aber sollen diese Lebensmittel bezahlt werden, wenn uns zur Herstellung von Arbeitszeugnissen die Kohlen fehlen?

Für das erwerbsfähige Volk ist die Steigerung der deutschen Kohlenproduktion eine Frage der Existenz, und es ist daher sehr erklärlich, wenn mit Beforgnis alle Vorgänge verfolgt werden, die mit der Kohlenproduktion in engen Beziehungen stehen. Gegenwärtig steht die Weltkarte der für den Bergbau geforderten Sechsstundenarbeit auf die Kohlenproduktion im Vordergrund des nationalen Interesses. In zahlreichen Entschuldigungen und Telegrammen, die beim Reichskohlenrat, bei den Bergarbeiterverbänden und bergamtlichen Vereinen tagtäglich einfließen, spiegeln sich die Beforgnisbreiter Volkswirtschaften wider gegenüber der Forderung der Bergarbeiter auf Einführung der Sechsstundenarbeit. Auf dem kürzlich abgehaltenen Zentrumsparteitag erklärte auch Reichspostminister Giesberts, daß die Durchführung dieser Forderung den vollen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben müsse. Die Regierung habe sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß nicht nur an der Sechsstundenarbeit festgehalten, sondern daß die Kohlenförderung noch durch Überschichten gesteigert werden müsse.

Die unheilvollen Wirkungen einer sofortigen Schichtverkürzung auf sechs Stunden sind aus einem Vergleich ersichtlich zwischen dem Förderergebnis dreier aufeinanderfolgender Monate, in denen weniger gestreikt wurde (September, Oktober und November 1919) und der voraussetzlichen Fördermenge an Kohlen bei Einführung der verkürzten Schicht. In dem angegebenen Quartal förderten monatlich das Ruhrrevier bei siebenstündiger Schicht 611, bei 7 Mill. Tonnen, Oberhessen bei achsstündiger Schicht 212, Mill. Tonnen, die übrigen Kohlenbezirke etwa über eine Million Tonnen, zusammen etwa 10^{1/2} Mill. Tonnen. Bei Verkürzung der Schichtzeit um je eine Stunde — also nicht bei durchgeführter Sechsstundenarbeit — würde sich ein monatlicher Ausfall ergeben im Ruhrrevier von etwa einer Million Tonnen, in Oberhessen von etwa 312000 t, in den übrigen Kohlenbezirken von etwa 125000 t, zusammen 1437000 t. Da die An- und Ausfuhrzeit der Bergleute auch bei verkürzter Arbeitszeit die gleiche bleibt, ist praktisch der Ausfall noch größer als nach der übrigens rein theoretischen Berechnung. Mit Kohlen sind in erster Linie die Eisenbahnen, die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und der Hausbrand zu befeuern. Eine Verkürzung in der Beheizung wird hier kaum eintreten können. Der Rest, der für Industrie und Privatbahnen in Betracht kommt, betrug im Monat November 3032000 t. Zieht man davon den durch eine Schichtverkürzung verursachten, im vorstehenden errechneten Ausfall ab, so bleiben für Industrie usw. noch etwa 1600000 t übrig. Da, wie schon gesagt, die gesamte Industrie im November 1919 an Kohlen nur knapp die Hälfte ihrer Anforderung bekam, könnte sie nach Schichtverkürzung nur noch den vierten Teil bekommen und müßte demzufolge große Massen von Arbeitern entlassen.

Gründlicher Weise gelang es, wenn auch erst nach hartem Kampfe mit der Opposition, auf der außerordentlichen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes am 28. Januar in Bochum einer etwas besseren volkswirtschaftlichen Einsicht bei den Bergarbeitern zum Durchbruch zu verhelfen. In einer Vorbesprechung hatten die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister über die Forderungen der Bergarbeiter verhandelt. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß die Regierung der sofortigen Einführung der Sechsstundenarbeit unmöglich zustimmen

könne, da sie die Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft bedeute. Auch der Vorschlag der Verbände, unter normaler Verfassung von sieben Stunden die Sechsstundenarbeit prinzipiell anzuerkennen und die sieben Stunden mit einem höheren Aufschlag zu bezahlen, sei für die Regierung unannehmbar, da in diesem Falle sofort die Agitation gegen die Überbrücke einsetze würde. Nach eingehender Ausprache erklärte sich die Regierung zu folgenden Zugeständnissen bereit: Die Sechsstundenarbeit bleibt weiter bestehen, jedoch werden für diese sieben Stunden 7/7 Stunden bezahlt. Die Regierung ist bereit, alle technischen und sonstigen Vorbereitungen für die spätere Verkürzung der Arbeitszeit möglichst zu beschleunigen und mit den andern bergarbeitenden Ländern in Verhandlungen einzutreten, um die Einführung der Sechsstundenarbeit in absehbarer Zeit international zu ermöglichen. Auch über die Lohnforderungen fand eine eingehende Ausprache statt. Die Verbände forderten eine Erhöhung des Sauergrundlohns von 14 auf 30 Mk., so daß der Bedingelohn auf 44—45 Mk. steigen würde, für Schichtführer eine Erhöhung von 2 Mk. pro Stunde, außerdem Erhöhung des Säuberlohns von 20 Pf. auf 1 Mk. Die Regierung erklärte, daß diese Forderungen eine Erhöhung der Kohlenpreise um etwa 45 Mk. für die Tonne erfordern würden. Damit würde unser heutiger Werkmahstab völlig über den Haufen geworfen, zumal auch die Werksbesitzer eine erhebliche Kohlenpreiserhöhung fordern für die Erweiterung und den Ausbau der Zechen. Die Bergarbeiter müßten sich klarmachen, daß solche Kohlenpreiserhöhungen sofort eine ungeheure Geldentwertung nach sich ziehen müßten. Die Preise für sämtliche industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse würden in wenigen Wochen sprunghaft in die Höhe getrieben und in allen Industriezweigen müßten heftige Lohnkämpfe entbrennen. Lohnerbhöhungen in diesem Ausmaße bringen auch den Bergarbeitern nur für kurze Zeit Hilfe und müssen infolge der Geldentwertung bald wieder in das Gegenteil umschlagen. Die Bergleute müßten diese Fragen nicht allein als Produzenten, sondern auch als Konsumenten beurteilen. Wenn die Bergarbeiter solche Forderungen mit Gewalt durchsetzen, müßte die Regierung jede Verantwortung für die fernere wirtschaftliche Entwicklung ablehnen. Die Bergarbeiterführer erklärten: Die Lohnerbhöhungen für Eisenbahner, Beamte usw. hätten die Bergleute geradezu zu solchen Forderungen gezwungen. Der Grundlohn dürfe nicht durchbrochen werden, daß der Bergmann einen wesentlich höheren Lohn als andre Arbeiter verdienen muß, andernfalls würde die Entlohnung des Bergbaues die Folge sein. Die Regierung erklärte sich schließlich zu folgenden Zugeständnissen bereit: Der Grundlohn wird ungefähr in dem Maße gesteigert, wie sich der Lohn der Eisenbahner durch den letzten Tarifvertrag gesteigert hat. Also für Sauer um etwa 8 bis 10 Mk. Dazu kommt die Erhöhung der Kinderzulage und die Verkürzung für eine halbe Stunde infolge des Weiterfahrens der Sechsstundenarbeit, so daß ein Sauergrundlohn von etwa 40 Mk. herauskommt. Damit können sich auch die Bergarbeiter zufrieden geben. Der Allgemeinbrot werde durch die notwendigen neuen Erhöhungen der Kohlenpreise ein sehr schweres Opfer auferlegt, die Regierung glaube aber, den Bergleuten weltes Entgegenkommen zeigen zu sollen, damit es nicht zu wirtschaftlichen Katastrophen kommt. Sie hoffe, daß die Bergarbeiter einseitig genug seien, sich mit diesen Erträgen zufrieden zu geben.

Die Führer der Bergarbeiter beklundeten diese Einsicht ohne weiteres, ob es auch die Vertreter der Massen tun würden, das mußte erst der Verlauf der Bochumer Bergarbeitertagung selbst erweisen, die am 24. Januar begann. In der ersten Sitzung lagen über 20 Anträge vor, in denen die sofortige Einführung der Sechsstundenarbeit gefordert wurde, teilweise sogar eine sofortige gewalttätige Durchführung. Gleich zu Beginn der Tagung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Verbandsleitung, die auf den Ernst der Situation hinwies, und der parteipolitisch orientierten Opposition. Aus der bekannte Bergarbeiterführer, wies darauf hin, daß die Bergarbeiter im Ruhrrevier heute bereits die kürzeste Arbeitszeit in ganz Europa hätten. In der zweiten Februarwoche sollte sich aber eine internationale Bergarbeiterkonferenz mit der Frage beschäftigen. Ferner habe die Reichsregierung Verhandlungen mit andern Ländern angebahnt. Der Sechstundentag marschiere; das Treiben der Opposition sabotiere ihn aber, weil sie die wirtschaftlichen Interessen mit der Parteitagung zum Sturz der Regierung verquähe. Die Folgen der unmittelbaren Einführung der Sechsstundenarbeit würden im gegenwärtigen Augenblicke katastrophal sein. Redner ging ausführlich darauf ein. Die Bergarbeiter müßten aufgebessert werden, aber auch hier bestehe eine Grenze. Mit einem Appell an die Solidarität der Bergleute mit den andern Arbeitern schloß Redner. Die dann folgenden Ausführungen des Korreferenten Rosenmann gipfelten in der Aufforderung zum Kampfe für die sofortige Einführung der Sechsstundenarbeit. In der Aussprache schilderte eine Reihe von Vertretern verandertem Berufe, wie der Gasarbeiter, der Erz- und Kalkbergleute sowie der Metallarbeiter, in eindringlicher Weise die durch die Kohlennot hervorgerufene Notlage in ihren Gewerben und forderten die Bergleute auf, sie doch jetzt nicht im Stiche zu lassen, sondern zur Besserung der Kohlenversorgung möglichst Aberwickeln zu verfahren.

Vorher hatten bereits der Deutsche Metallarbeiterverband, der Christliche Metallarbeiterverband, der Gewerkschaften deutscher Metallarbeiter, der Zentralverband der Metallisten und Setzer, der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands einen Aufruf an die Bergarbeiter erlassen, worin es u. a. hieß: „Die durch die Kohlenknappheit hervorgerufene Lage ist so ernst, daß

wenn nicht die Förderung gesteigert werden kann, Hunderttausende von Arbeitern brotlos zu werden drohen. In dieser Stunde richten wir daher an Euch die dringende Mahnung, unfernt keinen Verzicht, die Kohlenförderung zu steigern. Laßt ab von Maßnahmen, die eine Verringerung der Kohlenförderung nach sich ziehen könnten.“ Eine ebenso dringende Mahnung richtete der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt an die Bergarbeiter, die mit den Worten schloß: „War die Sechstundenarbeit durchzuführen will, schädigt nicht die Regierung und die Kapitalisten, sondern er läßt seinen Arbeitsbruder in den städtischen Gewerben in buchstäblichem Sinne des Wortes verhungern!“

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels den Gesamtverlauf der Bergarbeitertagung näher zu schildern. Nur sei noch darauf hingewiesen, daß ungeachtet aller Mahnungen sämtliche Redner der Opposition an der Forderung der sofortigen Einführung der Sechsstundenarbeit festhielten. Sie erklärten wiederholt, daß sie sich durch nichts abhalten lassen würden, die sofortige Einführung der Sechsstundenarbeit zu erzwingen. Die Abstimmung über eine von der Verbandsleitung vorgelegte Entschliebung, die sich zwar grundsätzlich für eine Verkürzung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit auf sechs Stunden ausspricht, mit Rücksicht auf die Kohlennot aber die sofortige Einführung der Sechsstundenarbeit verwirft, wurde bis an das Ende der Tagung zurückgestellt.

In seinem Schlußwort stellte Redner zunächst die Abstimmung zwischen Mehrheit und Opposition in der grundsätzlichen Frage fest; nur über den Zeitpunkt der Durchführung gingen die Meinungen auseinander. Unbestreitbar steht fest, daß die sofortige Einführung der Sechstundentages die größten Gefahren für die Volkswirtschaft in sich trage. Besonders verwerflich sei, daß man die Schlichtungsfrage in die Ara des politischen Kampfes gerzerrt habe. Durch die parteipolitische Ausbeutung rein produktiv-technischer Fragen sei in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck erweckt worden, als würden die Bergarbeiter der Gesundheit unserer Verhältnisse entgegenarbeiten. Die internationale Regelung der Schlichtungsfrage sei unumgänglich, weil die Entzete die gezielte Einführung der Sechstundenarbeit in Deutschland einfach nicht zulasse und dagegen mit Zwangsmitteln einschreiten werde. Es wäre deshalb geradezu verhängnisvoll, heute die Bergarbeiter in einen Saunen hineinzureden mit Verprechungen, die erst erfüllt werden können, wenn unser Wirtschaftsleben wieder in Ordnung ist. Das Wohl der Volksgesamtheit müßte über alle persönlichen Interessen gestellt werden.

Bei der Abstimmung sprach sich die Generalversammlung grundsätzlich für eine Verkürzung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit auf sechs Stunden aus. In namentlicher Abstimmung wurde ferner ein Antrag der Opposition, die Sechstundenarbeit im Februar durch Arbeitszeitstellung zu erzwingen, mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage, in der sich schon Millionen deutscher Arbeitsbrüder infolge mangelnder Kohlenversorgung befinden, mit 102 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, bemerkt zu dem Beschlusse: „Die gewaltige Mehrheit der Stimmen sagt jedes Verbandskollegen klar und deutlich, daß die gegebene Körperschaft unseres Verbandes keine Aktion unternimmt oder auch nur unterstützt, die von den fanatischen Zerklümmernspolitikern eingeleitet wird. Die Generalversammlung hat Klarheit geschaffen nach der Richtung, daß sie alle Mitglieder zur freiwilligen gewerkschaftlichen Disziplin verpflichtet. Wer das nicht anerkennt, der trägt für seine Taten allein die Verantwortung. Es muß nun endlich Schluss gemacht werden mit den Extratouren und Solotagen eigenwilliger Mitglieder, die sich immer wieder über die Organisationsbeschlüsse hinwegsetzen. Wenn dem nicht Einhalt getan wird, dann verliert unser ganzes Gemeinwesen dem kulturentwidrigsten Anarchismus.“ Einer ähnlichen Entschliebung, wie sie die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter haben, stimmte die von 700 Vertrauensleuten besuchte Konferenz des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter zu. In der grundsätzlichen Forderung der Sechstundenarbeit halte auch der Gewerkschaften weiter fest, seine Mitglieder würden jedoch in ihrer Gesamtheit die Sechsstundenarbeit weiter vorfabren. Der Gewerkschaften erklärte sich gegen den Streik und beschloß, nach dem 1. Februar weiter zu arbeiten.

Damit kann das Meisten auf die vitalsten Interessen des erwerbsfähigen Volkes als vorläufig abgewendet gelten. Auf wie lange, das hängt davon ab, ob sich die Mehrheit der Bergarbeiter den agitativen Einflüssen solcher unverantwortlicher Elemente zu entziehen vermag, die da behaupten, die wahre sozialistische Revolution komme erst dann, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch da sei. Die sofortige Sozialisierung werde dann die erträumte Gleichheit schaffen. Wer dem Arbeiter das Gehirn mit derartigen Phrasen verkleistert und ihn zur Gemäßigtheit aufzählt, der ist der Todfeind der Entzete zum sozialen Staate. Massenendend kann niemals zum sozialen Aufstiege führen!

Das Buchgewerbe im Auslande

Polen. In der Stadt Polen ist, wie bereits kurz berichtet, ein Streik der Buchdrucker ausgebrochen. Der Grund hierzu ist folgender: Die Buchverleger der polnischen deutsch-polnischen Verlagsanstalt haben bei dem Tarifamt in Polen am 23. Dezember einen Antrag auf Lohnerhöhung eingeleitet. Da nach Verlauf von guten 14 Tagen von der Entscheidung dieses Antrags nichts zu hören war, außerdem in polnischen Verlagskreisen die

Meinung zum Durchbruch kam, die bisherigen Gehilfenvertreter zeigen nicht das nötige Interesse für die Gehilfeninteressen, wählte der polnische Gehilfenverein eine Kommission mit dem Auftrag, an die Prinzpalität sofort heranzutreten mit dem Ersuchen, eine Feuerungsanlage von 100 Proz. des jetzigen Lohnes ab 1. Januar zu bewilligen; bei Ablehnung des Geluches behielten sich die Gehilfen weitere Schritte vor. Mittlerweile hatte das Polener Tarifamt eine Sitzung zum 25. Januar anberaumt. Der Polnische Gehilfenverein nahm hierzu Stellung. In einer Verammlung erklärten die Mitglieder, zu den bisherigen Gehilfenvertretern nicht das nötige Vertrauen zu haben und beauftragten die neu gewählte Kommission, an die Prinzpalität ein Ultimatum zu stellen, innerhalb 48 Stunden in eine Beratung einzutreten mit der eben erwähnten Kommission. Da dies nicht geschah, trafen die Gehilfen am 20. Januar in den Ausstand. Nach Lage der Sache haben sich sämtliche deutschen Gehilfen (Verband, Guttenbergbund, einige Inorganisierte) und die Steinbrücker und Bildographen dem Ausstand angeschlossen. Begründet wird die Gehilfenforderung damit, daß in letzter Zeit Lebensmittel sowie Bedarfsartikel im Preise ständig gestiegen sind.

□ □ □ □ **Korrespondenzen** □ □ □ □

Breslau. In einer allgemeinen Buchdrucker-versammlung am 21. Dezember erfaßte Gehilfenvertreter Fiedler Bericht über die Tarifauschubverhandlungen, an die sich eine umfangreiche Aussprache angeschlossen. Als Ergebnis wurde von der starkbesuchten Versammlung eine Resolution einstimmig angenommen, worin ausgedrückt wurde, daß die Versammlung von dem Ergebnis unter keinen Umständen befehdet ist. Die Feuerungsanlagen sind zu niedrig, um auch nur annähernd einen Ausgleich gegenüber den wachsenden gestiegenen Preisen zu schaffen. Bei weiterer Verschlechterung der Lebenshaltung müsse eventuell schon vor dem 1. April 1920 eine weitere Steigerung der Löhne erfolgen. Die Versammlung verurteilte aufs Schärfste, daß bezüglich der Wirtschaftsbefehle unsere Prinzipale mit gebundenem Mandat der Ablehnung zu den Verhandlungen erschienen.

Dillenburg-Herborn. Am 20. Dezember in Herborn abgehaltene Versammlung hatte die folgenden Kollegen, soweit nicht Gründe verkehrsrechtlicher Art sie am Erscheinen hinderten, fast vollständig zusammengeführt. Unter „Mitteilungen“ vorlas Vorsitzender Schuler ein Schreiben des Ausschusses für Volkshochschule, gab einige Erklärungen über den beabsichtigten Lehrplan und empfahl den bildungsbereiten Kollegen die Teilnahme an den Kursen. Ferner wurde eine Beschwerde eines angeblich wegen seiner politischen Überzeugung gemahregelten Kollegen entgegengenommen, woran sich eine lebhafteste, zum Teil-erregte Debatte über einen von den Herborner Kollegen geleiteten freiwilligen Bericht auf die Oktoberzulage knüpfte. (Ein freiwilliger Bericht auf Lohnerhöhung in diesen Zeiten? Wie wird uns das Red.) Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde Arbeit in der Frage des Anschlusses an das Gewerkschaftskartell geschaffen. In beiden Orten gehören unsere Kollegen dem Kartell an. Hierauf nahm man Stellung zu dem Ergebnisse der letzten Tarifauschubführung und der Regelung der Lokalaufschläge. In einer angenommenen Entschließung wurde das Erreichte angefaßt der enormen noch zu erwartenden Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts als ungenügend bezeichnet, ohne aber den Gehilfenvertretern einen Mangel an Energie vorzuwerfen. Vollständig überrascht und Anwalt ausgesetzt hat jedoch die Festsetzung eines Lokalaufschlags von nur 2 1/2 Proz. Ein darauf basierender Antrag zur Übermittlung an den Gehilfenvertreter fand Annahme.

Hamburg-Altona. In einer Versammlung der tarifstreuen Buchdruckergehilfen des Tarifkreises X am 14. Dezember berichtete der Gehilfenvertreter Runkler über die Tarifauschubführung. In der Debatte wurde von sämtlichen Rednern betont, daß auch die jetzige Feuerungszulage nicht im entferntesten der inzwischen erfolgten weiteren Verteuerung gerecht werde. Wuis lebhafteste wurde bedauert, daß die Wirtschaftsbefehle prinzipiell abgelehnt wurde. Verügt wurde sodann noch das Überstundenwesen im Berufs- und besonders in den Maschinenstellen. In Zukunft soll rücksichtslos gegen die Kollegen vorgegangen werden, schon im Interesse unserer Arbeitslosen. Nach einem kurzen Schlussworte des Referenten wurde die überaus stark besuchte Versammlung geschlossen.

Hamburg-Altona. (Versammlung am 21. Dezember im „Gewerkschaftshaus“.) Vorsitzender Runkler eröffnete die Versammlung mit geschäftlichen Mitteilungen. Kollege Wälgen berichtete in längerem Ausführungen seinen Antrag: „Unterbringung der Arbeitslosen durch Verknüpfung der Arbeitszeit“. Die Ursache der Arbeitslosigkeit sei in der Hauptsache auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch zurückzuführen. Aber auch der Kapitalismus habe ein Interesse daran, daß der Arbeitsmarkt ständig mit Arbeitslosen überfüllt ist. Durch arbeitswidrige Arbeiten, Leistung von Überstunden, Behringsmaßregel werde der Arbeitslosigkeit Vorhub geleistet. Die Arbeitslosen stellen den Antrag, daß Kollegen, welche ununterbrochen 1 1/2 Jahre in Kondition stehen, drei Wochen, und bei zwei Jahren fünf Wochen aussetzen, um dafür Arbeitslose einzustellen. Kollegen, die Überstunden machen, sollten einen Teil des Überstundengeldes an den Gau-kassierer abführen, zur Unterbringung der Arbeitslosen. Außerdem sollten die in Arbeit befindlichen Kollegen zu diesem Zweck einen wöchentlichen Extrabeitrag von 5 Mk. leisten. In einer ziemlich lebhaft geführten Debatte wurde darauf hingewiesen, daß wir die moralische Pflicht hätten, die Ar-

beitslosen zu unterstützen, damit sie nicht ganz in das Lumpenproletariat hinabsinken und nicht auf eine so tiefe wirtschaftliche Lage hinabgedrückt würden, daß sie Gefahr liefen, durch ihre Handlungsweise die Gesamtkollegenchaft zu schädigen. Aber auch vom Staate müsse verlangt werden, daß alle Mittel aufgebracht würden, um die Arbeitslosen aus ihrer bedrückten Lage zu befreien. Schwierigkeiten würden entstehen beim Aussehen, da wir mit einer großen Zahl kleinerer Druckereien zu rechnen hätten. Den jüngeren Kollegen wurde empfohlen, mehr als bisher von auswärts angebotene Stellen zu belegen, damit der heilige Arbeitsmarkt entlastet werde. Sämtliche Anträge wurden einer Kommission überwiesen, bestehend aus dem Vorstand und einer von den Arbeitslosen gewählten Vertretung.

Königsberg-Brummböden. Es ist ein Reis entsprungen... Am 17. Dezember wurde hier ein Ortsverein gegründet. Dem Zuge der Zeit folgend und in der Erkenntnis, daß nur in der Organisation die Macht liegt, tarifliche Forderungen durchzusetzen, meldeten sich sämtliche Nichtverbänder zum Verbands. Das ist ein so erfreulicher, als d. der Ort der einzige im Gau Erzgebirge-Vogtland war, in dem fast nur Nichtmitglieber arbeiteten. Tarifliche Löhne wurden in jeder Druckerei erreicht, jedoch weigerte sich ein Teil der Prinzipale, den Tarif anzuerkennen. Hoffentlich wird auch diese Sache noch zu einem günstigen Abschluß gelangen. Als Vorsitzender wurde Kollege Diko Köcher, als Kassierer Kollege Georg Friedrich gewählt.

Pufbus (Näg.). Nachdem die Mitgliederzahl sich am Orte von 5 auf 17 gehoben hatte, wurde der Wunsch laut, auch hier einen Ortsverein zu gründen. Diesem Wunsche wurde Erfüllung. Die Mitgliederversammlung am 21. Dezember nahm die Gründung eines Ortsvereins vor. Er führt den Namen Pufbus-Bergen. In der Vorstand wurden u. a. gewählt Kollege Burwick als Vorsitzender und Kollege Gläser als Kassierer. Die Mitgliederzahl in beiden Orten beläuft sich jetzt auf 19.

z. Stuttgart. Aus Anlaß der Überlieferung des Kollegen Staunier nach Bern hatte sich am 24. Januar ein kleiner Kreis von Kollegen zum Abschiede zusammengefunden, um noch einige gemütliche Stunden mit ihm zu verbringen. In ernten und heiteren Worten wurde die Erinnerung an gemeinsamen Erlebnisse geweckt und ehrend der Tätigkeit des Kollegen Staunier gedacht. Sein aufrechtes und kollegiales Wesen, das ein erprobtes Zusammenarbeiten besonders in der Sekretariatskommission auch in den schwierigsten Zeiten ermöglichte, werde ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte der Buchdrucker Stuttgarts und Mühlensbergs sichern. Ein Jahre beherbergte Stuttgarter das Internationale Buchdruckersekretariat und seinen geistigen Leiter. Möge es dem Kollegen Staunier in Bern gelingen, die jetzt noch losen Fäden der Buchdruckerinternationale wieder fester zu knüpfen!

□ □ □ □ □ **Rundschau** □ □ □ □ □

Was der „Korrespondent“ alles verbrochen haben soll! „Die wütigen Heberlein und gemeinen Denunziationen der gesamten bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse gegen unsern Kollegen Paul Böttcher, an denen sich auch das Verbandsorgan der Buchdrucker, der „Korr.“, eifrig beteiligt hat, waren endlich von Erfolg! Der Kollege Paul Böttcher wurde am Morgen des 21. Januar auf dem Wege zur Arbeitsstelle verhaftet und noch an demselben Tag auf die Festung Königsfels gebracht. Die Redaktion des „Korr.“ wird ob dieses Erfolges schwünzeln...“ Wir saßen am Abend des 22. Januar warm von der Maschine, wie man einfließ die Semmel vom Bäcker weg fisch genob, diese im überliefen Karichen-Mehnd-Silte gehaltene „wütige“ Heberlein mit Genugtuung darüber, daß unsre Kollegen in der Arbeitsabteilung der „Leipziger Volkszeitung“ noch nicht angefaßt sind von bisweilen auch bei uns angutreffenden, im März vorigen Jahres in einer Leipziger Buchdrucker-Versammlung von dem Kollegen Paul Böttcher und noch einem andern sogar offen ausgesprochenen Gedanken über die Pressefreiheit, „wie sie sie aussäßen“. Denn nach dem Begriffslogikon solcher Verhinder der wahren Meinungsfreiheit hätte dieser Schmutzlibel gegen das Organ der eigenen Organisation gar nicht aus dem Gehäusen heraus gelangen dürfen. Ein zweiter Grund wäre gewesen, eine bewußte Verleumdung derjenigen zu verhindern, die dieses Zeug zu lesen bekommen können. Im übrigen lesen wir die von dem Korrektor A. Meyer in Leipzig verantwortliche geschriebene und jedenfalls auch von ihm selbst stammende ganz unverantwortliche Schreiberlei, zu deren mündlichem Interpretieren er sich am Tage zuvor schon in einer Leipziger Profeterversammlung gegen die Zensurverbote gemacht hatte, beileibe, um abzuwarten, wie auf diese außerordentliche Herausforderung an den gelunden Menschenverstand und das kollegiale Anstandsgefühl durch den Schreibanwalt der Leipziger Opposition reagiert werden würde. Wir sind damit zurückgeblieben! Während Meyer, der erst genommen sein will und deshalb mit seiner schäblichen Handlungswelt gegen den „Korr.“ schärfer zu verurteilen ist, in der von einem Einflüßer der Leipziger Mitglieder besuchten Versammlung am 21. Januar ein lebhaftes Plais nicht gegen sich, sondern gegen uns vermerken konnte, über welches auch geistiges Verunzugenis der Versamm-

lungsmehrheit wir uns nach allen Vorgängen soll etwa Jahresfrist nicht wundern, fragen die vielen mündlichen und schriftlichen Äußerungen uns gegenüber einen ganz andern Charakter. Es sei auch erwähnt, daß mehrere Artikel kräftigster Art gegen Meyer und die Haltung seines Auditoriums eingegangen sind; zu dem Zweck mit, um die giftüberladene Atmosphäre in den Leipziger Versammlungen zu entschleunern und wieder Boden zu gewinnen für gediebliche Organisationsarbeit. Wir danken den betreffenden Kollegen — erstreckbarerweise ist alt und jung gleichmäßig vertreten — für ihren guten Willen, möchten es aber einwirken dabei bewenden lassen, weil wir demnach selbst verstanden wollen, in Leipzig etwas für Luftwechsel zu sorgen. Da wir nun in der Meyer-Böttcher-Sache untre Zurückhaltung aufgeben, sei zum „Tatbestand“ wie zur Illustrierung dieser unglaublich einseitigen Mehrheitsmacht, von der wir zu Böttchers Gunsten noch annehmen, daß er selbst an derartiger Sachstandsvergewaltigung und Speichelfeuerlei keinen Gefallen gefunden haben wird, folgendes bemerkt: Nach der demagogischen Legende von Meyer wüßte der „Korr.“ sich in einer Weise mit dem Kollegen Böttcher beschäftigt haben, daß die den Belagerungszustand über Leipzig fast Pfingsten 1919 ausübenden Organe aus dem „Korr.“ Sandhaben für seine Verhaftung gewinnen konnten. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch so, daß der Redakteur Böttcher in der letzten Zeit und bis zu ihrem Verbot die „Leipziger Volkszeitung“ verantwortlich geleitet. Der Turnus war an ihm, so daß er nur durch Zufall in die Lage kam, für die mit dem Pufbus vor dem Reichstage zusammenhängenden Folgeerscheinungen herangezogen zu werden. Es hätte gerade so gut ein andrer Redakteur der „L. V.“ sein können, also auch einer von der entgegengesetzten Richtung, die Böttcher vertritt. Der „Korr.“ könnte aber weder zu der Schutzhaft das einen wie das andere irgend etwas beigetragen haben; lediglich ihre dem Fragebogen entsprechende Berufung in der „L. V.“ wäre als formaler Grund für die gestroffene Maßnahme anzusehen. Schon dadurch wird Meyers Dreckschleuderei gegen den „Korr.“ hinfällig. Im übrigen hat sich Böttcher nach allen Regeln der Kunst in der Öffentlichkeit einen Ruf gemacht. Er bekannte sich unterchriftlich sowohl wie in anderer Weise als auf dem Standpunkte von Dr. Geyer stehend, der den ganz linken Flügel der Leipziger Linksunabhängigen vertritt und mit Böttcher und noch einem oder zwei andern Redakteur eine besondere Richtung in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ bildet. Diese Richtung und Flügel bekämpfen sich in ihrem Kampf, in ihren Versammlungen wie in vertraulichen Zirkularen so rücksichtslos, daß „wütige Heberlein“ und „gemeine Denunziationen“ von dritter Seite gegen den Effekt davon gar nicht aufzukommen vermöchten. Kollege Böttcher ist aber auch sonst ein sehr tüchtiger Versammlungsredner und war ebenfalls unter den Referenten zu finden, die am 12. Januar in elf Versammlungen von unabhängiger Seite die Frage „Generalkonferenz oder nicht“ zu behandeln hatten; er sprach am längsten bei dieser Gelegenheiten. Wie sehr Böttcher im Brennpunkte des politischen Lebens in Leipzig steht, hat nachdem ja eine ganzzeitliche Anzette des Bürgerausschusses gezeigt, deren Wortlaut auch als großes Malat an den Diskussionsstellen gleichzeitig zu lesen war, worin Böttchers Tätigkeit in der Generalkonferenz näher besprochen wurde. Böttcher ist eben als allervollster Adalant von Dr. Geyer allgemein bekannt, und wer den Regenkeßel Leipzig nur einmal gemessen kennt, weiß ja, was das bedeutet. Meidlos müssen wir sagen, daß der „Korr.“ an dem schäblichen Berühmwerden von Böttcher ganz unbeteiligt ist. Natürlich konnte im Organ der Buchdrucker der Kollege Böttcher nicht ganz ignoriert werden, denn er darf als der geistige, wenn auch nicht als der nominelle Führer der Leipziger Buchdruckeropposition sowohl wie der graphischen Arbeitergeschichte angesehen werden. Aber es ist dies so selten und so knapp bemessen geschehen, daß man unser Hinwegleben auf der andern Seite schmerzhaft empfindet, obwohl man seit fünf Monaten sich auch auf dem Druckweg alle Mühe gibt, durch den „Korr.“ insofern bekannt und interessant zu werden, als wir uns mit den Räte-messaffen und den Oppositionsleuten befaßen möchten. Kollege Böttcher ist auch hier der treibende Stell. Da nach Meyer sogar durch sorgfältige „wütige Heberlein“ des Verbandsorgans Böttcher ans Messer geliefert sein müßte, so nimmt sich diese Zumutung an Leser des „Korr.“ und Kenner der Verhältnisse folgendermaßen aus: Nach Böttchers Rätegäuber in der Leipziger Versammlung am 7. November 1919 erschienen im „Korr.“ einige Artikel, die mehr oder weniger gegen Böttcher Stellung nahmen. Zwei dieser Einfindungen stammten sogar von unabhängig gestimmten Kollegen! Die Redaktion an sich schrieb gar nichts zu der Sache, ist bis heute dazu nicht gekommen, wird aber bestimmt Nachholung entfahren lassen. Kollege Böttcher aber machte sich selbst durch den „Korr.“ mit einem Gegenartikel „berühmt“. Dann kam in mehreren Versammlungsberichten die Bemerkung vor, daß man die sogenannte Resolution Böttcher, d. h. seinen Rätegäuber, ablehne. Als weitere „wütige Heberlein“ des „Korr.“ käme dann nur noch in Nr. 8 d. S. unsre ganz kurze Ab-

